

Wird 2025 ein besseres Jahr für incumbents?

Die Wahlen 2024 waren ein Desaster für Amtsinhaber. Was erwartet uns 2025? Ein Blick auf den Einfluss von Inflation, Wählerverhalten und den Wandel in der Demokratie.

Das Jahr 2024 wird möglicherweise als das Jahr der Wahlen in Erinnerung bleiben, in dem Wähler incumbents (Amtsinhaber) abwählten. Laut einer Analyse des **Financial Times** verloren alle regierenden Parteien, die in einem entwickelten Land zur Wahl standen, Anteile an den Stimmen – das erste Mal, seit es entsprechende Aufzeichnungen gibt. Während es in der Vergangenheit eine eiserne Regel gab, dass Amtsinhaber bevorzugt werden, hat sich diese Einstellung gewandelt: „Lieber der Teufel, den man kennt“ ist dem Motto „Die Halunken rauswerfen“ gewichen. Die Wähler scheinen gezielt Veränderungen herbeiführen zu wollen.

Die Auswirkungen von Inflation

Warum war 2024 so herausfordernd für Amtsinhaber? Eine häufig genannte Ursache ist die Inflation. Nach der Covid-19-Pandemie und der umfassenden Invasion Russlands in die Ukraine stiegen die Preise in vielen Ländern dramatisch an. Die globale Inflation erreichte 2022 den höchsten Stand seit den 1990er Jahren. Voters haben eine starke Abneigung gegen Inflation, und obwohl viele Ursachen global waren, mussten die Regierungen, die Zustände von steigenden Kosten verantworteten, letztendlich die Konsequenzen tragen. Viele scheinen vergessen zu haben, wie sehr die Wähler Inflation verabscheuen. Während der Finanzkrise 2008 war Inflation

relativ stabil, auch wenn die Arbeitslosigkeit stieg.

Kulturelle und strukturelle Veränderungen

Es ist jedoch nicht nur die Inflation, die die Niederlage oder den Rückzug der Amtsinhaber in aller Welt erklärt. Auch kulturelle und strukturelle Faktoren spielen eine Rolle. Laut Roberto Foa, Mitdirektor des Centre for the Future of Democracy an der Universität Cambridge, zeigen viele Demokratien einen generationalen Trend zu deutlich geringerem parteipolitischen Loyalität. Die Wähler neigen zunehmend dazu, zwischen den Wahlen ihre Stimme zu wechseln, was eine Erosion der traditionellen politischen Normen zur Folge hat.

Generationswechsel im Wählerverhalten

Diese Veränderungen im Wählerverhalten könnten zum Anstieg der politischen Volatilität beigetragen haben. Voters scheinen anspruchsvoller geworden zu sein, ähnlich wie Verbraucher, die immer wieder auf der Suche nach den besten Angeboten sind. So wie Amazon und Netflix ihren Kunden eine enorme Auswahl bieten, erwarten auch die Wähler, dass Demokratien ihren Bedürfnissen gerecht werden. Angesichts dieser Veränderungen könnten sich die Wähler weniger an die traditionellen politischen Optionen gebunden fühlen.

Ein Blick auf die Wahlen 2025

Ein Ausblick auf die bevorstehenden Wahlen deutet darauf hin, dass 2025 für Amtsinhaber in vielen Demokratien ebenso herausfordernd werden könnte. In Deutschland steht Kanzler Olaf Scholz vor einer vorzeitigen Wahl, und auch in Kanada wird erwartet, dass Premierminister Justin Trudeau nach fast einem Jahrzehnt im Amt abgewählt wird. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass Trudeau durch den konservativen Pierre Poilievre ersetzt werden könnte.

In Europa gibt es besorgniserregende Entwicklungen, insbesondere in Ländern wie Moldawien und Rumänien, wo die politische Stabilität bedroht ist. In Lateinamerika könnte jedoch Daniel Noboa dazu in der Lage sein, seine Position zu verteidigen, auch wenn die Wettbewerbsbedingungen angespannt sind.

Fazit: Die Herausforderungen der Zukunft

Zusammengefasst könnte 2025 eine abgespeckte Version von 2024 werden, in der die Amtsinhaber weiterhin mit Herausforderungen konfrontiert sind. Das ist nicht unbedingt schlecht – wenn die Wähler mit ihren Führern unzufrieden sind, sollten sie diese abwählen. Adam Przeworski, ein Politikwissenschaftler, definierte Demokratie einmal als „ein System, in dem Parteien Wahlen verlieren.“

Allerdings sollten die anhaltenden Niederlagen der Amtsinhaber als Alarmzeichen betrachtet werden. Wahlen senden Signale an die Regierungen. Wenn Wählen nur eine Möglichkeit ist, um die Regierung zu bestrafen, könnte dies die politische Landschaft gefährden und sowohl den Politikern als auch den Wählern schaden.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at